

Wien, am Freitag, den 3. Dezember 1926.

Die Beratung des städtischen Vorschlages. Am Donnerstag abends beendete der Finanzausschuss die Beratung des Abschnittes Personalangelegenheiten. Gemeinderat Angermayer (chr. soz.) besprach ausführlich die Personalpolitik der Gemeindeverwaltung, die er als parteipolitisch bezeichnete. Er beantragte, dass den kriegsinvaliden Angestellten ein Jahr in ihre Dienstzeit eingerechnet werde, dass die seinerzeit gegen Abfertigung abgetretenen städtischen Angestellten bei Neuaufnahmen in erster Linie berücksichtigt werden, dass bei der Aufnahme von Bediensteten die Frage nach der Parteizugehörigkeit unter Strafe gestellt werden soll und dass die Automatik bei der Vorrückung auch den Pensionisten zu gewähren sei. Gemeinderat Zimmerl legte gegen die Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Christlichsozialen in der letzten Gemeinderatssitzung Verwahrung ein. Er verlangte ferner, dass bei goldenen Hochzeiten, die der Bürgermeister nicht selber besuche, nicht ein amtsführender Stadtrat sondern Vizebürgermeister Hoss die Vertretung ausübe. Es wurde bei der Jubiläumsversammlung des Wiener Gewerbevereins sehr unliebsam bemerkt, dass sich der Bürgermeister von einem Beamten vertreten liess. Stadtrat Kunschak verlangte, dass dem christlichsozialen Gemeinderatsklub im Rathaus ein Raum zur Verfügung gestellt werden soll. Bei jeder Budgetdebatte werde dieses Verlangen gestellt, aber bis heute ist nichts geschehen, so dass diese Behandlung fast einer Frotzelsel gleiche. In allen Bundesländern ist diese Frage längst geregelt. Dort hat die sozialdemokratische Minderheit Klubräume, die sogar nach ihrem Wunsch bürgerrechtlich werden. Das Protokoll über die Beratungen des Wiener Landtages und Gemeinderates werde seit Jahren nicht mehr gedruckt. Dadurch ist es der Öffentlichkeit unmöglich einen genauen Einblick in die Verhandlungen dieser Körperschaften zu gewinnen. Als die Drucklegung eingestellt wurde, war dies aus Sparsamkeitsgründen verständlich; heute bestehen diese Gründe nicht mehr. Die Minderheit müsse daher die Drucklegung verlangen. Der Redner fragt schliesslich noch ob die Gemeinde bei dem Kreditinstitut der städtischen Angestellten Gelder liegen habe und ob, wenn dies zutrifft, diese Gelder gefährdet sind. Gemeinderat Binder (chr. soz.) verlangt für den christlichsozialen Bezirksvorsteherstellvertreter der Landstrasse einen geeigneten Amtraum und wünscht, dass die Bezirksräte einen erweiterten Aufgabenkreis erhalten. Die Minderheit müsse auch verlangen, dass eine genaue Aufstellung über das Personal der Verwaltungsgruppe für die städtischen Unternehmungen vorgelegt werde.

Stadtrat Speiser erklärte, dass bei der Gemeinde niemals, wie das beim Bund geschehen ist, ein zwangswelcher Personalabbau vorgenommen worden ist. Die Abbauktion bei der Gemeinde erfolgte auf ausdrückliches Verlangen der einzelnen Bediensteten, die auch entsprechende Abfertigungen bekommen haben. Eine Wiederaufnahme sei daher unmöglich. Die Wünsche der Minderheit bezüglich der Lokalfrage und der Vertretung des Bürgermeisters werden der zuständigen Stelle übermittelt werden. Wegen der Anwendung der Automatik bei den Pensionisten schwebt eine Klage beim Verfassungsgerichtshof; vorher könne die Gemeinde nichts veranlassen. Das wiederholte Verlangen der Minderheit, dass der Personalreferent bei Lohnverhandlungen auch die christlichen Gewerkschaften beiziehe, könne nicht erfüllt werden, weil nach den bestehenden Bestimmungen solche Verhandlungen nur mit den die Mehrzahl der Bediensteten umfassenden Organisationen geführt werden dürfen. Stadtrat Breitner teilte dann noch mit, dass die

Gemeinde keine wie immer geartete Einlagen im Kreditfürsorgeinstitut der Gemeindeangestellten besitzt. Durch die Schaffung des Krankenfürsorgeinstitutes sei übrigens die Frage der Gehaltsbevorschussung für die Gemeindeangestellten immer hin einer begrüssenswerten Lösung zugeführt worden, weil die Angestellten nunmehr in Krankheits- und Todesfällen/die Leistungen der Krankenfürsorge entlastet werden.

Die Anträge der christlichsozialen Gemeinderäte werden abgelehnt und der Vorschlag mit den Stimmen der Mehrheit genehmigt. Heute Freitag wird der Finanzausschuss den Abschnitt Wohlfahrtspflege, Gesundheitswesen und Jugendfürsorge beraten.

Der Brandschutz in Wien. Auf der Höhe des Kahlenberges befindet sich die kleine Ansiedlung Josefsdorf. Schon im Sommer dieses Jahres bildete sich dort eine freiwillige Feuerwehr, die vorwiegend aus Sicherheitswachebeamten besteht. Die Gemeindeverwaltung hat in der Erkenntnis dass diese an der äussersten Grenze Wiens auf bedeutender Höhe liegende Ortschaft insbesondere bei schlechtem Wetter schwer erreichbar ist und daher eines besonderen Feuerschutzes bedarf, diese freiwillige Feuerwehr entsprechend ausgerüstet. Es wurde eine Benzinmotorspritze, eine Fahrspritze und eine Gasspritze, Wasserwagen und Handpumpen von der Gemeinde zur Verfügung gestellt. Bisher wurde diese freiwillige Feuerwehr als ein Zweig der Kahlenbergdorfer Feuerwehr geführt. Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat nunmehr beschlossen, der neuen Wache die Löschberechtigung zu erteilen, wodurch sie selbstständig gemacht wurde.

Eine Beethoven-Ausstellung der Gemeinde Wien. Im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich der hundertsten Wiederkehr des Todestages Beethovens veranstaltet die Gemeinde in den Räumen der städtischen Sammlungen eine Ausstellung. Um eine Wiederholung der im Jahre 1920 abgehaltenen Beethoven-Ausstellung zu vermeiden, wird diesmal Beethoven im Rahmen der Wiener Kultur seiner Zeit dargestellt werden. Bürgermeister Seitz hat zur Veranstaltung dieser Ausstellung seine Zustimmung erteilt und der Ausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat bereits einen Zuschusskredit für die notwendigen Vorarbeiten bewilligt.

Ausgabe von Schriftsteller-Biographien. Der Bibliothekar der Innsbrucker Universitätsbibliothek Dr. Dörrex arbeitet seit Jahren an den Biographien hervorragender Tiroler Dichter wie Adolf Fichler, Hermann Gilg und so weiter. Da die Wiener Stadtbibliothek sehr viele Handschriften von österreichischen Dichtern besitzt, hat sich Dr. Dörrex an die Wiener Gemeindeverwaltung gewendet, um diese Handschriften verwenden, teilweise auch reproduzieren zu dürfen. Der Ausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat diese Erlaubnis erteilt. Gleichzeitig wurde dem Gymnasialprofessor August Nibi in Radautz, der an einer Biographie des Komponisten Sigmund Neukomm arbeitet, die Erlaubnis erteilt Briefe und Musikhandschriften Neukomms, die sich im Besitz der Stadtbibliothek befinden literarisch zu verarbeiten.

Jugendfeier der Lehrlingsfürsorgeaktion. Am Sonntag, 9 Uhr vormittags veranstaltet die Lehrlingsfürsorgeaktion im grossen Festsaal des Ottakringer Arbeiterheimes, Kreitznergasse 31 eine Festversammlung der ehemaligen Pflinglinge der Lehrlings- und Lehrlingmädchen Erholungsheime. Bei dieser Feier werden ehemalige Zöglinge der Erholungsheime Schloss Neulengbach, Wieselburg und Fischau mitwirken. Das Lehrlingsorchester der fachlichen Fortbildungsschule der Elektrotechniker wird den musikalischen Teil dieser Jugendfeier besorgen. Eintrittspreis fünfzig Groschen.